



HESSISCHER LANDTAG

21. 11. 2025

Kleine Anfrage

**Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
und Mathias Wagner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vom 01.09.2025**

Setzte sich Ministerpräsident Boris Rhein bereits vor der Bundestagswahl für die Lockerung der Schuldenbremse ein?

und

Antwort

Chef der Staatskanzlei

Vorbemerkung Fragesteller:

In seinem Buch „Letzte Chance“ beschreibt Robin Alexander, dass sich die CDU-Ministerpräsidenten im Jahr 2024 intensiv für eine Lockerung der Schuldenbremse eingesetzt haben. Wörtlich heißt es in dem Buch: „Unbemerkt von der Öffentlichkeit haben die Chefs von allen CDU-Landesregierungen schon vor vielen Monaten versucht, ihren Bundesvorsitzenden zu einer Änderung seines Neins zur Reform der Schuldenbremse zu bewegen. Nicht nur Olaf Scholz kämpfte ja zunehmend verzweifelt darum, überhaupt noch einen Etat zustande zu bringen, sondern die Länder ebenso. Vom reichen Hessen bis hin zum armen Sachsen-Anhalt hatten sie größte Probleme, ausgeglichene Haushalte aufzustellen. Anders als der Bundeshaushalt dürfen die Länderetats nämlich keinerlei neue Schulden machen. Das musste sich aus ihrer Sicht unbedingt ändern. 0,15 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) wollten die Länder künftig jährlich aufnehmen dürfen. So würde man – mit den 0,35 Prozent des Bundes – gesamtstaatlich mit 0,5 Prozent vom BIP innerhalb der Vorgaben der EU bleiben.“

Diese Vorbemerkung der Fragesteller vorangestellt beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1 Ist es zutreffend, dass es bereits vor der Bundestagswahl Bestrebungen aller CDU geführten Landesregierungen gab, Friedrich Merz zu einer Reform der Schuldenbremse zu bewegen?

Die Hessische Landesregierung kann im Namen anderer Landesregierungen weder Erklärungen abgeben noch Feststellungen treffen oder Auskünfte erteilen.

Frage 2 Ist es zutreffend, dass CDU geführte Länder 0,15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts als Verschuldungsmöglichkeit der Länder erreichen wollten?

Die Hessische Landesregierung kann im Namen anderer Landesregierungen weder Erklärungen abgeben noch Feststellungen treffen oder Auskünfte erteilen.

Frage 3 Hat sich demnach auch der Hessische Ministerpräsident in der zitierten Debatte für eine Reform der Schuldenbremse eingesetzt?

Frage 4 Hat sich auch der Hessische Ministerpräsident für einen Verschuldungsspielraum der Länder von 0,15 Prozent ausgesprochen?

Frage 5 Wenn nein: Welche Position hat der Hessische Ministerpräsident stattdessen vertreten?

Frage 6 Hat sich der Hessische Ministerpräsident in der zitierten Debatte gegen eine Reform der Schuldenbremse ausgesprochen?

Die Fragen 3, 4, 5 und 6 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet. Der Hessische Ministerpräsident steht für eine Politik der Transparenz und Lösungsorientierung. Zur Übernahme politischer Verantwortung zählt für ihn solides Haushalten, um künftigen Generationen nachhaltige Perspektiven zu ermöglichen.

In Debatten zur Finanzierung öffentlicher Zukunftsinvestitionen plädierte er in einem Interview mit dem Tagesspiegel bereits Anfang 2024 dafür, „erst einmal die Möglichkeiten zu nutzen, die die Schuldenbremse jetzt schon bietet“. Gleichzeitig führte er unter Bezugnahme zu vorhandenen Reformvorschlägen aus, dass „(...) kluge Vorschläge zur Reform der Schuldenbremse auf dem Tisch (liegen), insbesondere des Sachverständigenrates, die man sehr ernst nehmen muss“. Ferner sagte er „Ich bin bereit, darüber zu sprechen“.

Nach seinem Verständnis besteht politisch verantwortliches Handeln darin, den Staat auf bereits absehbare, immense Herausforderungen rechtzeitig vorzubereiten.

Der Hessische Ministerpräsident wirbt deshalb für einen ideologiefreien und pragmatischen Umgang mit zukünftigen, haushälterischen Belastungen.

Wiesbaden, 20. November 2025

Benedikt Kuhn